

STORMARN

Bargteheide gibt ein klares Signal gegen Gewalt

23. Juni 2010, 06:00 Uhr

Politiker, Vereine und Verbände schaffen breites Bündnis gegen Rechts- und Linksextreme

BARGTEHEIDE. Auch nach der Kritik an seiner Informationspolitik steht Bargteheides Bürgermeister zu seiner Entscheidung: "Ich würde es noch einmal genauso machen", sagt Henning Görtz. Wie berichtet, hatte er in Absprache mit der Polizei vor dem Aufmarsch der Neonazis in Bargteheide die Öffentlichkeit nicht informiert. Autonome Nationalisten waren am Wochenende durch die Innenstadt gezogen, der Aufmarsch hatte zahlreiche Bürger und Kaufleute verschreckt.

"Man muss die Dinge voneinander trennen", sagt Görtz, "die Politik und die Ordnungsbehörde. In diesem Fall ging es in erster Linie darum, für die Sicherheit zu sorgen. Was wäre passiert, wenn ich vorher informiert hätte und daraufhin gewaltbereite Autonome gekommen und Fensterscheiben eingeschlagen hätten. Außerdem: Hinterher ist man immer schlauer."

Bündnis gegen Rassismus, Kirchen und Kaufleute sind jetzt mit im Boot

Eine Strategie für die Zukunft sei Stillschweigen nicht. "Die Stadt ist sensibilisiert", sagt Görtz, der nun in einer breit angelegten Offensive Vertreter aller Parteien, Vereine und Verbände an einen Tisch holt. Zur heutigen Pressekonferenz, zu der sich auch das NDR-Fernsehen angesagt hat, sind neben Fraktionschefs und Bürgervorsteher die Schulen, das Jugendarbeitsteam, das Bündnis gegen Rassismus, Kirchen, das Autonome Jugendhaus, der Ring Bargteheider Kaufleute, Gewerkschaften, Pfadfinder, der Europaverein, die DLRG, DRK, Amnesty, Rotarier und der Lions-Club eingeladen. Lob kommt von Landrat Klaus Plöger: "Es ist gut, gemeinsam vor die Presse zu gehen." Auch bisher hätten Bargteheider Bürgermeister und Politiker gute Arbeit geleistet. "Die brauchen keine Beratung von außen." Ziel des Treffens sei es, ein Signal gegen Gewalt zu geben "und deutlich zu machen, dass Extremisten beider Richtungen in Bargteheide keinen Platz haben", sagt Görtz, der nicht nur gegen Rechts mobilisieren will.

"Kein Platz für Intoleranz" - auch nicht bei den Bargteheider Liberalen

"Kein Platz für Intoleranz und Gewalt" lautet daher auch die Überschrift der gemeinsamen Erklärung, die Bürgermeister und Politik nach der Demonstration veröffentlicht hatten. Die FDP war nicht eingebunden worden. "Dadurch ist der nicht zu akzeptierende Eindruck entstanden, die FDP toleriere das rechtsradikale Treiben. Das Gegenteil ist der Fall", sagt FDP-Stadtvertreter Gorch-Hannis la Baume, der Gewalt von Links und Rechts aufs Schärfste verurteilt. Da er keinen Fraktionsstatus besitzt, war er in der Hektik nicht gefragt worden. Bürgermeister Henning Görtz: "Das ist korrigiert."(M.T.)